

Klaus Ronneberger

## Auf dem Weg zur neofeudalen Stadt

Die soziale Realität in den Metropolen hat sich seit den achtziger Jahren grundlegend geändert. Der Durchbruch des Neoliberalismus und die Unterminierung des sozialstaatlichen Klassenkompromisses führen zu einer Neukonstitution gesellschaftlicher Territorialverhältnisse.

Während das Projekt des Fordismus eine Homogenisierung des Raums anstrebte, läßt sich der Postfordismus als ein ‚Regime der Differenz‘ auffassen, bei dem die Unterschiedlichkeit von Territorien und die Einzigartigkeit von Orten betont wird. Mit der verstärkten Ausrichtung der Städte zu Konsumtionslandschaften intensiviert sich auch die ordnungspolitische Administration zentraler Orte und Plätze, die sich vor allem gegen die Anwesenheit marginaler Gruppen richtet.

### Von der kommunalen Daseinsvorsorge zum Unternehmen Stadt

Um die Spezifik postfordistischer Territorial- und Kontrollstrategien erfassen zu können, ist es notwendig, sich nochmals bestimmte Essentials des Fordismus zu vergegenwärtigen. Als räumliches Korrelat zu den Kernbereichen dieses Vergesellschaftungsmodells - nämlich Lohnarbeit und Kleinfamilie - entwickelte sich die funktionale Trennung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit zur dominanten Raumkonzeption. Die auf dem Prinzip der Teilung und kontrollierten Verknüpfung basierende Logik des funktionalen Städtebaus zielte darauf ab, die Alltagspraxis der Bewohner durch die Organisation eines seriellen Rasterraums zu normalisieren und zu normieren.

Der Vergesellschaftungsprozeß in der Bundesrepublik wurde zudem von Raumkonzepten beeinflusst, die bestehende räumliche Ungleichheiten auf nationaler Ebene als Ungleichzeitigkeit zu fassen und aufzuheben versuchten. Strukturell war das fordistische Entwicklungsmodell auf dynamisches Wachstum, d.h. auf die quantitative Steigerung des Produktionsvolumens und eine räumliche Expansion der industriellen Strukturen angelegt (Revelli 1997: 2). Ausgehend von der Annahme, daß das nationale Territorium als Ganzes die entscheidende geographische Einheit darstellte, sollte durch ein Gerüst von ‚zentralen Orten‘ gleichmäßiges Wachstum hergestellt und bestehende sozialräumliche Disparitäten beseitigt werden. Ziel war die ‚Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse‘ und eine gesamtgesellschaftlich ausgewogene Wohlfahrtssituation auf der Grundlage einer prosperierenden Ökonomie. Diese Form der Gleichbehandlung war allerdings durch eine doppelte Exklusion gekennzeichnet. Die Idee der Solidargemeinschaft bezog sich auf den nationalen Raum und die Gruppe der Sozialversicherten, wogegen das Ausgleichsverfahren, zum Beispiel Migranten und Frauen benachteiligte. Flankiert wurde das Modell von einem Sicherheitsstaat, der sich gegen die radikale Linke und autonome soziale Bewegungen richtete. Trotz und aufgrund solcher Einschränkungen entwickelte sich der Nationalstaat zu einem Raum, in dem Politik, Ökonomie und Soziokultur ein relativ kohärentes Verhältnis zueinander aufwiesen (Hirsch 1993).

Mit Krise des Fordismus kommt es auch zu einer Ausdifferenzierung und Heterogenisierung des nationalen Städtesystems in international konkurrenzfähige, prosperierende Metropolregionen einerseits und stagnierende oder schrumpfende Städte andererseits. Da die sozialräumlichen Disparitäten nicht mehr ausreichend durch zentralstaatliche Transferleistungen ausgeglichen werden können, gewinnen lokale Entwicklungsmodelle an Bedeutung. Durch gezielte wirtschaftliche Förderung der Regionen, Entfaltung und Nutzung ihrer sogenannten endogenen Potentiale sollen deren Wettbewerbsbedingungen verbessert und neue Wachstumsimpulse initiiert werden. Indem der Zentralstaat die Länder und Kommunen verstärkt dazu anhält, spezifische Anpassungsleistungen zu erbringen verschieben sich die Bezüge zwischen den verschiedenen territorialen ‚Einheiten‘. Die Form der staatlichen Regulation wandelt sich unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus vom vertikal integrierten Staat zu einer mehrfach gebrochenen, widersprüchlichen, sozialräumlichen Matrix. Ging es in den siebziger Jahren noch darum die Ungleichheit der Räume zugunsten einer einheitlichen nationalen Dimension aufzuheben, so setzt nun der Zentralstaat verstärkt auf die städtisch-regionale Dimension (Brenner 1997).

Gegenwärtig gewinnen in der öffentlichen Debatte neoliberale Modelle an Bedeutung, die unter dem Begriff ‚Wettbewerbsföderalismus‘ eine umfassende Reorganisation der staatlichen territorialen Organisation propagieren. So fordert etwa ein Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission eine „tiefgreifenden Regionalisierung der politischen Zuständigkeiten.“ (III, 30,

191 ff). Die Finanztransfers vom Bund an die Länder und zwischen den Ländern habe zu "einer weitgehenden Nivellierung der Lebensverhältnisse" geführt und den "Wettbewerb unter den Ländern um die besten Wirtschafts- und Beschäftigungsbedingungen" stillgelegt. (III, 30). Die künftige Regionalisierung solle auch "die Arbeitsmarktpolitik sowie die Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung" einschließen. "Soweit hierdurch Unterschiede zwischen den Ländern verstärkt werden, ist dies nicht nur hinzunehmen, sondern für den Wettbewerb zu nutzen." (III, 31) Die "Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse" könne nicht "Gleichmacherei", sondern nur die Gewährung eines "Mindeststandards." bedeuten (III, 192) Vom Wettbewerb zwischen den Ländern verspricht sich die Kommission hingegen "mehr Kreativität, Flexibilität und innovative Lösungen." (zit. nach Bergmann 1998: 339)

Der geforderte Konkurrenzkampf ist bereits voll im Gange. Die veränderten Standortstrategien der Unternehmen und die ökonomische Strukturkrise intensivieren die Rivalität zwischen den Stadtregionen, die miteinander um Wachstumspotentiale und Prosperitätseffekte kämpfen. Anstelle der sogenannten Daseinsvorsorge, d.h. der Bereitstellung von Infrastrukturen oder Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, setzen sich ökonomische Rationalisierungsmodelle in der Verwaltung und Privatisierungskonzepte für öffentliche Dienstleistungen durch. Angesichts des massiven Abbaus industrieller Arbeitsplätze, des Rückgangs der Gewerbesteuern und wachsender Sozialausgaben werden solche Bestrebungen gegenwärtig noch forciert. Die städtische Administration definiert sich zunehmend als dynamisches Management des ‚Unternehmens Stadt‘, bei der es hauptsächlich um eine aggressive Strategie der Standortprofilierung geht. Als Bestandteil dieses Konzepts betreibt man die bauliche Aufwertung bestimmter Stadtviertel, fördert die Expansion von Büroflächen und organisiert Festivalisierungsprojekte wie Messen oder Weltausstellungen. Auch unternehmen die Kommunen große Anstrengungen, Touristenströme und einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen anzuziehen. Insbesondere die Zentren sollen der Öffentlichkeit als ‚Visitenkarte‘ präsentiert werden. Urbane Kultur und ‚Lebensqualität‘ entwickeln sich damit zu einer wichtigen Kapitalanlage der Städte.

Daran gekoppelte Imagestrategien operieren vor allem mit zwei scheinbar widersprüchlichen Elementen: der Betonung von Unterschiedlichkeit (gegenüber anderen Städten) und der Garantie räumlicher Homogenität (Boyer 1995). Einerseits sollen bestimmte Objekte der Stadt – wie etwa Bürotürme, Kaufhäuser oder Waterfronts – ihre Unverwechselbarkeit und eine attraktive urbane Lebensweise belegen. Andererseits werden diese selbst zunehmend als austauschbare konstruiert, den international sich angleichenden Standards von Konsum und Entspannung entsprechend. Der Diskurs der ‚urbanen ‚Dienstleistungsmetropole‘ offeriert den städtischen Raum als exklusives Angebot: einzelne Objekte bürgen hier für die Qualität des Ganzen.

### Postfordistische Konsumtionslandschaften

Die Expansion des finanzindustriellen Komplexes und der Headquarter Economy treibt die Hierarchisierung des städtischen Raums voran. Der Kapitalismus reproduziert sich nun verstärkt durch die "Produktion des Raumes" und die Umleitung produktiver Investitionen in den "sekundären Kapitalkreislauf" (Harvey 1985). Banken, Versicherungsfonds und transnationale Konzerne legen einen Teil ihres überschüssigen Kapitals in global gestreutem Immobilienbesitz an. Die Grundstücksmärkte verwandeln sich in eine Anlagesphäre von disponiblen Kapital, in der Grund und Boden wie Aktien oder Wertpapiere gehandelt werden. Die Metropolen geraten in den Sog eines hochmobilen Geldkapitals, das mit Hilfe einer spektakulären Investorenarchitektur den städtischen Raum hierarchisch neu ordnet.

Zwar sind im historischen Stadtkern weiterhin unterschiedliche Funktionen und Nutzergruppen anzutreffen, dennoch verstärkt sich dort die Dominanz des Finanz- und Handelskapitals. Mit der weitgehenden Vorherrschaft der Filialisten und der Homogenisierung des Waren- und Dienstleistungsangebots nähert sich die bauliche und kommerzielle Ausrichtung der City dem Modell von Malls an, die in der Peripherie mit großem ökonomischem Erfolg betrieben werden. Der Siegeszug dieses multifunktionalen Einkaufs- und Freizeitkomplexes liegt vor allem in dem Marketingkonzept begründet, atmosphärische Arrangements und soziale Aktivitäten in den Vorgang der Konsumtion miteinzubinden. Solche Archipele eines kontrollierten Erlebens versuchen die Atmosphäre und das Image eines traditionellen Stadtplatzes zu erzeugen, der gemeinhin mit Kommunikation, Öffentlichkeit und Spektakel gleichgesetzt wird. Die klassischen Orte der Öffentlichkeit - Straße, Platz und Park - sind inzwischen, zumindest in den USA, durch die großen

Einkaufs- und Freizeitkomplexe ersetzt. Ausschließlich an einer ökonomischen Verwertungslogik orientiert, verwandeln sich in den Malls die öffentlichen Einkaufsstraßen in privat kontrollierte Räume mit Hausrecht und Sicherheitsdiensten. Auch wenn die deutschen Großstädte nicht den ausgeprägten sozial-räumlichen Dualismus amerikanischer Stadtlandschaften kennen und sich hierzulande bislang die Mall-Kultur noch nicht als dominantes Konsum- und Freizeitmodell durchgesetzt hat, beginnt sich mit dem gegenwärtigen Boom solcher Anlagen eine ähnliche Entwicklung abzuzeichnen.

Seit den achtziger Jahren fließen die Kapitalströme verstärkt auch in die Unterhaltungsindustrie - also beispielsweise Freizeitparks, Musical-Theater, Malls oder Kinozentren. Nachdem die gewerbliche Produktion in den urbanen Zentren weiter zurückgeht, soll der Konsum- und Freizeitsektor auch für die Kommunen neue Beschäftigungseffekte und zusätzliche Steuereinnahmen bewirken. Waren schon in den achtziger Jahren Kultur, Wirtschaftsförderung und Städtebau eine enge Verbindung eingegangen, so kann nun von einer regelrechten Symbiose gesprochen werden. Allerdings steht jetzt nicht mehr die Förderung von Museen, Kulturzentren und Bürgerhäusern im Vordergrund, sondern es geht vor allem um die Subventionierung von Malls, multifunktionale Arenen oder sogenannten Urban Entertainment Center. Diese Umorientierung der Lokalpolitik führt zu einer nachhaltigen Reduzierung der öffentlichen Infrastrukturleistungen und bindet die knappen finanziellen Ressourcen fast vollständig an wenige kommerzielle Großprojekte. Die Kommunen legitimieren ihr Engagement und die eingegangenen Verpflichtungen mit der sogenannten Umwegerentabilität, die sich angeblich auf lange Sicht einstellen werde (Bomheuer 1997).

Ganz im Sinne der neuen Event- Kultur präsentiert sich etwa das Ruhrgebiet als "magische Erlebnislandschaft" mit den Warner Bros. Movie World in Bottrop oder dem "CentrO" in Oberhausen. Die finanzielle und administrative Unterstützung der Kultur- und Freizeitindustrie durch die Landesregierung und die Kommunen gilt als wichtiger Bestandteil eines Revitalisierungsprogramms, mit dessen Hilfe die alte Industrieregion den Anschluß an das Tertiärzeitalter schaffen soll (Scholz 1997).

Die Redeweise von der ‚postindustriellen Gesellschaft‘ unterschlägt zwar in unzulässiger Weise die grundsätzliche Bedeutung der Produktion, dennoch scheint für die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Gesellschaft die Organisierung der Konsumtion immer wichtiger zu werden. Es ist offensichtlich, daß die soziale Position der Individuen nicht nur von der Stellung im Produktions- und Arbeitsprozeß abhängt, sondern zunehmend auch von symbolischen Formen der Distinktion, die vor allem auf ästhetischen Erfahrungen und Lebensstilen beruhen. Zur Wahrung der gesellschaftlichen Stellung der Subjekte sind bestimmte Konsummuster inzwischen unerlässlich geworden. Die Unterhaltungsindustrie und der Einzelhandel versuchen wiederum für diese Formen der Identitätsbildung die notwendigen Symbole- und Zeichen mitzuliefern, indem sie die Waren und Dienstleistungsprodukte als ‚Erlebnis‘ oder ‚lifestyle‘ anbieten.

Mit den veränderten Alltagspraktiken kommt es auch zu einer stärkeren Vermischung von Einkaufs- und Freizeitaktivitäten. Überall entstehen neue kommerzielle Einrichtungen, die die Bereiche Konsum, Freizeit und Entertainment miteinander verbinden. Die systematische Funktionalisierung der Raumgestaltung, die Berechenbarkeit der Abläufe und ein hohes Kontrollniveau stellen dabei die charakteristischen Merkmale solcher Anlagen dar. Zunehmend gelten auch in Deutschland die kommerziellen ‚Erlebnisswelten‘ als Idealtypus eines neuen öffentlichen Raums, der den vorherrschenden Alltags- und Konformitätsnormen entgegenzukommen scheint. Viele Menschen suchen heute die Kernstadt lediglich als Konsumenten oder Urlauber auf. Unter dem ‚touristischen Blick‘ und einer auf Erlebnis und Entspannung ausgerichteten Konsumpraxis verwandeln sich die Orte in Kulissenlandschaften und Freizeitanlagen, in denen soziale Heterogenität eher als irritierend und störend empfunden wird. Denn die touristisch-konsumtive Erlebniswelt ist vor allem ein Raum der sicheren Distanz (Hasse 1994) vor unerwarteten Ereignissen und Situationen, die die erwünschte Atmosphäre in Frage stellen könnten. Die städtischen Behörden und der Einzelhandel in der City sind deshalb bestrebt, die Innenstädte dem Mall-Modell anzupassen, dessen Erfolg auch auf der Garantie des gesicherten und ungestörten Konsums basiert.

#### Gentrification und Ghetto-Diskurs

Die Hierarchisierung städtischer Räume erfolgt jedoch nicht nur durch die Kommerzialisierung der City, sondern auch durch die Umnutzung und Aufwertung zentrumsnaher Stadtteile. Seit den achtziger Jahre sind Teile der Mittelklassen bestrebt, sich die urbane Kultur zentrumsnaher

Altbauquartiere anzueignen und als Bestandteil einer distinktiven Lebensführung zu integrieren. Mit der wachsenden Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum geraten entsprechende Quartiere verstärkt ins Blickfeld des Urban Managements. Diese Räume erhalten nun eine strategische Bedeutung bei dem Bemühen, einkommensstarke Bevölkerungsgruppen wieder in die Stadt zu locken. Während man bis vor wenigen Jahren die Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse durch sogenannte Yuppies als ein Problem verhandelte, dem man entgegensteuern müsse, gehört nun die Aufwertung innerstädtischer Bezirke zum festen Bestandteil kommunalpolitischer Wettbewerbsstrategien. (Lanz/Ronneberger 1998a).

Das in letzter Zeit meistdiskutierte Beispiel einer solchen Aufwertungs politik ist das Berliner "Planwerk Innenstadt". Dieses städtebauliche Planungskonzept, strebt die Verknüpfung und Restrukturierung des Ost- und des Westberliner Innenstadtbereiches an. Die Bedeutung und der Ansatz des Projekts gehen dabei weit über eine rein stadtplanerische Dimension hinaus. Es handelt sich mit den Worten des Staatssekretärs Stimmann "nicht nur um die Erhöhung der Dichte, sondern um einen Wechsel der Strategie, die wieder mehr auf Eigeninitiative setzt" (Stimmann 1997: S.17). Wesentlicher Bestandteil des Planwerks ist die Subventionierung des städtischen Bodens für eine mittelklassenorientierte Eigenheimbildung. Damit zeichnet sich ein Orientierungswechsel der Wohnungsbaupolitik von der Mieter- zur Eigentümerstadt ab. Der "bahnbrechende" Beitrag des Planwerks besteht darin, daß "erstmal seit der Ausweisung von Bürgerrechten im 19. Jahrhundert (...) der Bürgerbegriff wieder exklusiv an Eigentum gebunden wird" (Sewing 1997: S.47). Im Kern zielt das Vorhaben auf eine Aufwertung zentraler Bereiche der Stadt durch ,eigentumsfähige' Bevölkerungsgruppen, die bewußt als staatliches Projekt in Gang gesetzt werden soll. Genau genommen handelt es bei der Wiederentdeckung der sogenannten Bürgerstadt um eine reaktionäre Urbanisierungsideologie mit deren Hilfe die vorherrschende Politik der Verdrängung und Ausschließung geradezu geadelt wird.

Komplementär zu solchen Aufwertungsstrategien beschwören seit Beginn der Neunziger Jahre die Medien und die Kommunalpolitik, daß die Großstädte in 'amerikanische Verhältnisse' hineinschlittern. In vielen Berichten über die soziale Situation in den ,Ghettos', läßt sich eine diskursive Verschränkung von Verwahrlosung, Drogensucht, hohem Ausländeranteil und Armut mit bestimmten Stadtvierteln feststellen. Diese Bildermelange folgt ähnlichen Zuschreibungen wie man sie hinlänglich von amerikanischen Ghettos zu kennen glaubt (vgl. Lanz/Ronneberger 1998b).

Betrachtet man zunächst die normativen Vorgaben der Stadtplanung und des Wohnhilfesystems, so scheint die ,sozial durchmischte Stadt' ein bundesdeutsches Ideal darzustellen. In verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen finden sich Vorgaben zur Herstellung ,ausgewogener' Bewohnerstrukturen in Stadtteilen. Allerdings bleibt es im Ermessen der jeweiligen Akteure, wie sie die angestrebte soziale Durchmischung von Wohnquartieren konkret definieren und umzusetzen gedenken.

Tatsächlich legen die einschlägigen Institutionen das Ideal der Ausgewogenheit sehr selektiv aus. So erregen die Territorialstrategien einkommensstärkerer Haushalte, das Wohnumfeld sozial möglichst homogen zu halten und räumliche Distanz zu den unteren Klassen zu wahren, selten Anstoß. Dagegen sind die zuständigen Behörden und Instanzen bemüht, eine räumliche Konzentration von Migranten und Beziehern von Sozialtransfers durch die Festlegung von Belegungsquoten im sozial gebundenen Wohnungsbestand zu vermeiden. Solche kommunale Vergaberichtlinien stehen in der Tradition des deutschen Sozialwohnungsbaus, der für die "breiten Schichten des deutschen Volkes" und nicht für die Ärmsten der Gesellschaft ausgerichtet war. Für den gegenwärtigen Alltag in den Städten bedeutet diese Vergabepaxis aber, daß man die Konzentration der im Sozialwohnungsbestand unerwünschten Gruppen in heruntergekommen Altbauquartieren oder Notunterkünften billigend in Kauf nimmt. So kommt denn auch etwa der Frankfurter Sozialbericht zu dem Ergebnis, daß die Entwicklung sozialer Disparitäten durch die "Mechanismen des Wohnungsmarkts verstärkt wird, während die wohnungspolitisch Verantwortlichen ihre Hauptaufgabe darin sehen, die ungleichen sozialen Gruppen im städtischen Raum zu verteilen" (Bartelheimer 1998: S.6).

Die massenmedial produzierte Etikettierung von Quartieren als ,Ausländerghettos' bildet zugleich die Grundlage für eine restriktivere lokalpolitische Interventionsstrategie. So gab etwa – im Vorfeld anstehende Bürgerschaftswahlen - der damalige Hamburger Bürgermeister Vorscherau in zahlreichen Zeitungsinterviews kund, daß gefährdete Stadtteile vor einem "ungesteuerten Zuzug von Ausländern" bewahrt werden müßten. Denn sei es erst einmal zu einer dauerhaften Ghettoisierung gekommen, würde die Großstadt ihre wirtschaftliche Potenz verlieren und sei nicht mehr regierbar (vgl.

Ronneberger 1998: 87). Verslumung‘ meint in der Sprache solcher Bilder, daß sich ein ‚sozialer Konfliktstoff‘ ansammelt, der sich irgendwann ‚entlädt‘ und unregierbare Verhältnisse produziert. Am Beispiel von Berlin zeigt sich, daß aktuell zwei Pole den Ghetto-Diskurs strukturieren. Auf der einen Seite wird die schrittweise Auflösung angeblich bestehender ‚Ausländer-Ghettos‘ als Bedingung für die Integration von Migranten gefordert. Auf der anderen Seite entwickelt man Strategien zur ‚Rettung‘ innerstädtischer Viertel: Als Bestandteil der Aufwertung fordern Kommunalpolitiker die Beseitigung der ‚Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, Vandalismus und Kriminalität‘ würden, so Stadtentwicklungssenator Strieder (1997), den Lebensort Stadt bedrohen. Auch hier werden die sozialen Probleme der städtischen Gesellschaft vor allem als Problem der inneren Sicherheit thematisiert.

Daß die zunehmende Polarisierung in den deutschen Metropolen zu einer Verschärfung sozialräumlicher Marginalisierung führt, soll damit überhaupt nicht geleugnet werden. Immer deutlicher zeigt sich beispielsweise in den Kernstädten ein kleinräumiges Nebeneinander von Aufwertung und Niedergang. Mit der Ausgrenzung von Bevölkerungsschichten aus den Arbeitsmärkten ist in der Nachbarschaft von Wohlstandsinseln eine Verarmung jener Stadtteile zu beobachten, in denen sich schon seit langem ärmere Gruppen konzentrieren und die der Aufwertungswelle bisher nicht zum Opfer gefallen sind. Allerdings belegen die bislang in Deutschland durchgeführten Studien z.B. für Frankfurt oder Berlin (Bartelheimer 1997, Häußermann/Kapghan 1998), daß trotz deutlicher Polarisierungserscheinungen keineswegs von großflächiger Segregation oder gar einer Ghettoisierung nach amerikanischem Muster gesprochen werden kann.

Die Redeweise von der Ghattobildung dient weder von Seiten der Medien dazu, politische Strategien zur Bekämpfung der zunehmenden Verarmung und ihrer Begleitprobleme einzufordern, noch von Seiten der Politik dazu, solche Maßnahmen durchzusetzen. Bei dem sozialtechnokratische Programm von der sozialen und ethnischen Durchmischung handelt es sich vielmehr um eine Ideologie, die sich an einer als homogen imaginierten deutschstämmigen ‚Mittelschicht‘ orientiert. Die Vorstellung, eine Politik der räumlichen Streuung ermögliche eine bessere Integration von Migranten, beziehungsweise trage zur Konfliktvermeidung bei, ist nicht nur empirisch widerlegt worden (vgl. etwa Keim 1997), sondern gehört selbst einem Diskurs an, der die Immigration aus der Perspektive sozialer Kontrolle behandelt und rassistische Kategorisierungen stützt. Auch die Beschwörung von der drohenden „Amerikanisierung“ deutscher Städte - wie sie gegenwärtig aus den Reihen der sozialwissenschaftlichen Disziplinen prognostiziert wird - mobilisiert weniger sozialpolitische Reformbestrebungen, sondern stärkt die dominierende Rhetorik der ‚gefährlichen Orte‘. Diese wird häufig von der Kommunalpolitik und den Medien zur Kennzeichnung sogenannter sozialer Brennpunkte oder Ghettos ins Spiel gebracht, um damit eine repressivere Ordnungspolitik zu begründen und durchzusetzen.

### Exklusion und Bestrafung

Die vorherrschende Politik der räumlichen Zerstreuung sogenannter Problemgruppen in den bestimmten Stadtbezirken oder Wohnanlagen stellt nur eine Variante der gegenwärtigen urbanen Kontrollszenarien dar. Mit der Ausrichtung der Kernstädte zu Konsum- und Erlebnislandschaften intensiviert sich zugleich die ordnungspolitische Administration des öffentlichen Raums, die sich vor allem gegen die sichtbare Anwesenheit von Marginalisierten an zentralen Orten und Plätzen richtet. Durch eine spezifische Gestaltung der baulichen Umwelt, der Installierung von Überwachungstechnologien und dem verstärkten Einsatz von Ordnungskräften und Sicherheitsdiensten sollen unerwünschte Gruppen ferngehalten und ‚konsumabträgliche‘ Situationen vermieden werden. Da sich die Präventionsstrategie der Geschäftsleute vor allem an der Optimierung von Betriebssicherheit und Umsatzzahlen orientiert, operieren gerade die privaten Sicherheitskonzepte mit einer Vorstellung von abweichendem Verhalten, bei dem bereits ‚devianzbegünstigende‘ Gelegenheitsstrukturen und Handlungsweisen ins Blickfeld gerate (Voß 1997). Bezeichnenderweise haben sich allen deutschen Großstädten Allianzen aus Geschäftsleuten und Behörden gebildet, um Verbotszonen oder ‚Banmeilen‘ für bestimmte Gruppen und normative Verstellungen zur sozialen Reglementierung städtischer Räume durchzusetzen.

Generell kann man in Deutschland von einer Renaissance der öffentlichen Ordnung sprechen. Aussagen wie "Man muß die Ängste der Bürger ernst nehmen" signalisieren, daß nicht mehr konkrete Straftaten, sondern subjektive Befindlichkeiten zum Gegenstand politischer Interventionen werden.

Populäres Vorbild für dieses präventive Sicherheitskonzept ist die repressive "Null-Toleranz"-Strategie der New Yorker Polizei. Unter direkter Bezugnahme auf das New York-Modell kamen Anfang 1998 die Innenminister dahin, die öffentliche Ordnung als ein besonders "schützenswertes Gut" zu behandeln. (Behrendes 1998: 42). Auch die lokalen Behörden versuchen durch Straßensatzungen oder ordnungsamtliche Erlasse "zum Schutze der öffentlichen Ordnung" all diejenigen soziale Aktivitäten zu verdrängen, die dem Klischee von der "sauberen und sicheren Stadt widersprechen. Auffallend an den verschiedenen Kontrollpraktiken ist die Expansion von strafrechtlichen Partikularnormen, die auf eine Art von Lokal-Justiz hinauslaufen und zugleich für die wachsende Rekommunalisierung der staatlichen Ordnungspolitik stehen. Strukturell lassen sich dabei zwei Varianten ausmachen. Zum einen definiert die städtische Administration im Rahmen von Sondernutzungen wie etwa Gefahrenabwehrverordnungen Betteln, Alkoholtrinken oder Lagern im öffentlichen Raum als Ordnungswidrigkeit. Zum anderen findet mit Hilfe des Hausrechts eine Umwidmung von öffentlich zugänglichen Orten statt. Diese Kontrollpraxis kommt gegenwärtig verstärkt in Bahnhofsanlagen, Flughäfen und dem öffentlichen Nahverkehr zum Einsatz..

Aus der Sicht der Behörden und der bürgerlichen Öffentlichkeit formieren sich Obdachlose, Dealer, Drogenkonsumenten oder junge Migranten zu ‚unerwünschten‘ bzw. ‚gefährlichen‘ Gruppen". Bevorzugtes Thema des Sicherheitsdiskurses ist vor allem der sogenannte Ausländer nicht als Angehöriger fremder Kulturen, sondern als Krimineller und Drogendealer. Bezogen auf den lokalen Raum findet hier jene nationale Politik ihre Umsetzung, die "innere Sicherheit" als "Massen- und Ausländerkriminalität" artikuliert, wobei diese Kampagnen ihre suggestive Kraft vor allem aus den Diskursen und Bildern der Stadt beziehen, in denen die gängigen Bedrohungsszenarien entworfen werden. Wesentlicher Bestandteil des Sicherheitsdiskurses sind Strategien, mittels derer Individuen ethnisiert und dann als Fremde ausgegrenzt werden können. Das Pendant zur Konstruktion ‚des Anderen‘ ist die komplementär stattfindende Konstitution des nationalen Opferkollektivs in Gestalt des bedrohten Landes oder Volkes (Kunz 1995).

Die aktuellen Formen der Ausschließung weisen gewisse Parallelen zum 19. Jahrhundert auf. Mit der Durchsetzung der industriellen Produktion erfährt auch das urbane System einen tiefgreifenden Wandel. Insbesondere das Anwachsen eines städtischen Proletariats und die Zunahme pauperisierter Massen, veränderten das Gesicht der Städte. Die Mehrheit des Bürgertums nahm die Formen der Armut jedoch nicht als soziales Problem, sondern vor allem als sittlich-moralische Verfehlung der Armen wahr.

Nachdem der Typus der "gefährlichen Klassen" im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts zugunsten sozialstaatlicher Normalisierungsstrategien zurückgedrängt wurde, erfährt er gegenwärtig eine erneute Aufwertung. Allerdings mit dem großen Unterschied, daß diese Gruppen nicht mehr als subversives oder rebellisches Potential eingeschätzt werden, sondern nur noch als Projektionsfläche für populistische Kampagnen dienen. Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses verstärkt Bestrebungen, die Krise mit ordnungspolitischen Mitteln zu bearbeiten. Die sozialen Polarisierungsprozesse werden zunehmend nicht mehr aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit, sondern als Problem der öffentlichen Sicherheit und Ordnung thematisiert. Zu den bevorzugten Diskriminierungsobjekten zählen neben Flüchtlingen und Migranten jene soziale Klassen, die aus dem vorherrschenden Produktivitäts- und Leistungsmodell herausfallen. Das strategische Moment solcher Moralisierung- und Bedrohungsszenarien besteht darin, Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu definieren, Einschränkungen des bürgerlichen Gleichheitspostulats zu legitimieren, Grenzen des Anspruchs auf Anerkennung von sozialen Rechten zu bestimmen und den Zugang zu materiellen Ressourcen zu begrenzen (Cremer-Schäfer 1993). Die Moral- und Sicherheitsdiskurse zielen jedoch nicht auf die Exklusion der "Unproduktiven" und "Unerwünschten", sondern fungieren auch als Teil einer Integrationsstrategie, die die Ausschließung auserwählter sozialer Gruppen voraussetzt, da ohne diese Grenzziehung keine Normalitätsstandards gebildet und durchgesetzt werden könnten.

Daß viele Menschen auf solche Kampagnen ansprechen, muß auch im Zusammenhang mit der strukturellen Krise der auf Lohnarbeit gegründeten Gesellschaft und der Durchsetzung des Neoliberalismus gesehen werden. Der wachsende Widerspruch zwischen dem realen gesellschaftlichen Konfliktpotential und dem Rückgang sozialstaatlicher Formen der Problemlösung kollidiert mit vertrauten Vorstellungen von sozialer Sicherheit und löst Denormalisierungsschübe aus. So verändert sich etwa das bisherige Modell der gesellschaftlichen Risikoverteilung. Der Schwerpunkt verschiebt sich vom Kollektivprinzip zu einer größeren Betonung der präventiven und selbstgesteuerten Eigenverantwortung. Die Individuen werden angehalten, sich aktiv an der Lösung

von bestimmten Angelegenheiten und Problemen zu beteiligen, die bis dahin in die Verantwortung von spezialisierten und autorisierten Staatsapparaten fielen (Lemke 1997: 254).

Nach Jürgen Link (1996) werden die modernen kapitalistischen Gesellschaften grundsätzlich von zwei unterschiedlichen normalistischen Strategien strukturiert. Unter Normalisierung ist die Homogenisierung unterschiedlicher sozialer Gruppen und Individuen zu verstehen, die darüber produktivistisch integriert werden sollen. Es handelt sich dabei nicht nur um erkenntnistheoretische Verfahrensweisen, sondern auch um normativ-soziale Vergesellschaftungspraktiken (Makropoulos 1997). Während die rigide "proto-normalistische" Strategie auf Komprimierung und einen "stabil-homöostatischen" Zustand hinarbeitet, zielt die flexibel-normalistische Strategie auf eine Dynamisierung und Expansion des Normalfeldes. Symptomatisch für die neunziger Jahre ist nun ein scherenartiges Auseinanderklaffen dieser beiden Tendenzen: In dem Maße wie postfordistische Produktionskonzepte und neoliberale Deregulierungsprojekte von den Subjekten mehr Flexibilität und Eigenverantwortung verlangen, verstärken sich gleichzeitig als Gegenreaktion gesellschaftliche Bestrebungen, die den befürchteten Verlust bestimmter Normalitätsstandards durch ‚harte‘ Grenzziehung und rigide Normativität zu bearbeiten versuchen (Link 1996: 438f.). An die Stelle von ‚Einschluß‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ treten deshalb in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zunehmend ‚Exklusion‘ und ‚Bestrafung‘.

### Neofeudales Stadtmodell und urbane Kontrollstrategien

Von Gilles Deleuze (1993) stammt die These, daß sich gegenwärtig der Übergang von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft vollziehe. Die herkömmlichen Einschließungsmilieus wie Gefängnis, Familie oder Schule befinden sich ihm zufolge in einer Krise, die ihre jeweilige gesellschaftliche Bedeutung verändert. Die Transformation der Disziplinar- und Normalisierungskonzepte sollte jedoch nicht mit der Durchsetzung einer 'reinen' Kontrollgesellschaft gleichgesetzt werden. Der Zwang zur ‚kontrollierten Autonomie‘ und der Einsatz entmoralisierter Überwachungstechnologien stellen nur eine Variante der postfordistischen Regulation dar. Die Rückkehr des 'strafenden Staates' und die gegenwärtigen law-and-order-Kampagnen sind vielmehr eindeutige Indikatoren dafür, daß die klassischen Modelle von 'Überwachen und Strafen' nicht verschwunden sind. Diesen Macht- und Herrschaftsmechanismen kommt vielmehr bei der Durchsetzung des Neoliberalismus eine wichtige Rolle zu. Indem die ökonomische und soziale Krise auch als eine Krise der Werte und Normen verhandelt wird, ergeben sich spezifische gesellschaftspolitische und staatliche Interventionsmöglichkeiten. Durch die Errichtung einer neuen "moralischen Ordnung" soll nicht nur die fragmentierte Gesellschaft konsensual zusammengehalten, sondern auch der wachsende Abstand zwischen den verschiedenen Klassen und sozialen Milieus legitimiert und durchgesetzt werden. Bei der Herrschaft über den Raum handelt es zweifellos um eine der privilegiertesten Formen der Machtausübung, da die Manipulation der räumlichen Verteilung von Gruppen sich als Instrument der Manipulation und Kontrolle der Gruppen selbst durchsetzen läßt (Bourdieu 1991).

Die Distinktionspolitik der Mittelklassen, die sich in der Vergangenheit vor allem durch eine (horizontale) Abgrenzung unterschiedlicher Geschmacksmilieus auszeichnete, wird mehr und mehr auch von Vermeidungsstrategien überlagert, die auf eine Minimierung der Kontakte und räumliche Distanzierung zu den "unteren" Klassen hinauslaufen (Sambale/Veith 1997). Die Fähigkeit, den angeeigneten Raum zu dominieren – sowohl materiell wie symbolisch – ermöglicht es, unerwünschte Personen und Ereignisse auf Distanz zu halten und umgekehrt subalternen Gruppen stigmatisierte und entwertete Territorien zuzuweisen. So wird die wachsende Präsenz der Marginalisierten in den Zentren und bestimmten Wohnvierteln von den Eliten und der Mehrheit der Quartiersbevölkerung als Kontrollverlust über die Stadt wahrgenommen. Aus deren Sicht geht es die Wiedereroberung des öffentlichen Raums und um die Durchsetzung bestimmter Normalitätsstandards, die auch einer Einschränkung von Grundrechten für subalterne Gruppen bewußt in Kauf nimmt. Der amerikanische Stadtforscher Neil Smith (1996) hat exemplarisch für New York gezeigt, daß die gegenwärtige Hierarchisierung der Metropolen nicht nur durch die Kapitallogik einer Vermarktung von Grund und Boden erfolgt, sondern auch an eine "revanchistische Politik" – was sowohl Rückeroberung, Verbitterung über einen angeblich zu laschen Liberalismus wie auch Rache meint – gekoppelt ist, die aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘ kommt. Die repressive Ausgrenzung von nicht normenkonform definierten Menschen läßt sich erfolgreich damit legitimieren, daß es dabei um die Rettung der räumlichen Kontrolle und die sozial-kulturelle Hegemonie der Gemeinschaft der ‚Wohlanständigen‘ gehe.

Solche ‚Sicherheitsgemeinschaften‘, deren Ziel vor allem darin besteht, Risiken zu minimieren bzw. bestimmte Situationen und Territorien zu kontrollieren, spielen im Zeitalter des Neoliberalismus eine zunehmende wichtigere Rolle. Es handelt sich nach Shearing (1997) vorwiegend um „zivilgesellschaftliche Korporationen“, die sich neben staatlich-administrativen Institutionen als private Organisationsweise des ‚Regierens‘ und des Herrschens etabliert haben. Der Begriff des Regierens meint hier im Sinne von Foucault das effektive Arrangement von ‚Dingen‘, die vor allem die Sicherheit fördern und risikoträchtige Verhaltensweisen vermeiden sollen. Als solche Vertragsgemeinschaften können etwa die Bahn AG und die Bahnkunden oder die ‚gated communities‘ (privat bewachte und abgesicherte Wohnquartiere) gelten. All diesen Vereinigungen ist gemeinsam, daß sie ihren Mitgliedern bzw. Nutzern bestimmte Verhaltensmuster und Pflichten abverlangen. Zunehmend bewegen sich die Individuen in einer feudalähnlichen Inselwelt der Kontrolle, bei der man von einer „Regierungstasche“ zur nächsten gelangt. Jeder dieser Taschen hat seine eigenen Regeln, die die jeweiligen Zugangsweisen und den Kreis der Nutzungsberechtigten in diesen Räumen festlegen. Natürlich werden gerade arme Menschen, den größten Teil ihrer Zeit außerhalb solcher Taschen verbringen (a. a. O. 272).

Die Durchsetzung dieses Stadtmodells, das in den USA bereits vollständig den urbanen Alltag bestimmt, erfolgt sowohl in den Zentren der Dienstleistungsökonomie und wichtigen Infrastruktureinrichtungen wie Flughäfen oder Bahnhöfe als auch in bestimmten Wohnvierteln und Konsumzonen. Die Absicherung exklusiver Räume erfolgt u.a. durch Überwachungs- und Kontrollprozeduren, deren Ziel darin besteht, die wachsende Fragmentierung der Gesellschaft territorial zu fixieren und separierte Zonen herzustellen, die sich durch eine jeweils spezifische soziale Homogenität auszeichnen sollen.

Schematisch betrachtet zeichnen sich in den Metropolen vier unterschiedliche Kontrollszenarien ab: Erstens geht es um die präventive Abschirmung abgeschlossener Archipele wie Bürotürme oder Malls von der „feindlichen“ Außenwelt. Durch entsprechende Absicherungen und Wachmannschaften können bereits im Vorfeld unerwünschte Gruppen und Ereignisse ferngehalten werden. Innerhalb des privat organisierten Territoriums findet die Kontrolle der Besucherströme eher unaufdringlich durch Techno-Prävention und eine spezifische Raumgestaltung statt. Diese Form des Kontrollanspruchs richtet sich weniger sanktionierend an die Moral der Subjekte, sondern sichert primär Räume und reguliert Situationen. In der Terminologie von Foucault könnte man von einem panoptischen Kontrollsystem sprechen, das sich allerdings in der Regel auf die Akzeptanz der Betroffenen stützen kann. Zweitens gibt es umkämpfte Territorien wie etwa die innerstädtischen Einkaufsmeilen oder Bahnhöfe, in denen mit Hilfe einer repressiven Verdrängungspraxis eine selektive soziale Homogenität hergestellt werden soll. Ein wichtiges Instrument der Aufwertungsstrategie bilden dabei „Raumverbote“ für mißliebige Personen. Durch Moral- und Sicherheitskampagnen versucht man zudem die Verhaltensweisen bestimmter sozialer Gruppen im öffentlichen Raum stärker normativ zu regulieren. Drittens bilden sich in bestimmten Wohnvierteln Nachbarschaftshilfen heraus, die durch Quartiers-Patrouillen und Bürgerwehren eine hohe soziale Kontrolle nach „innen“ und eine starke Abwehrbereitschaft nach ‚außen‘ zu demonstrieren versuchen. Zudem soll mit einer selektiven räumlichen Verteilungspolitik sogenannter Problemgruppen in bestimmten Wohnquartieren und einem ausgrenzenden Ghetto-Diskurs die territoriale und kulturelle Vorherrschaft der neuen ‚Urbaniten‘ oder der deutschen Quartiersbevölkerung gesichert werden. Viertens geht es um die ordnungspolitische Absicherung und Überwachung von Ausschließungs- und Internierungsräumen für die Klasse der „Entbehrlichen“, wie etwa Junkies, Dealer, Flüchtlinge oder Illegalisierte. Es handelt sich dabei um einen Macht- und Kontrolltypus, der entweder die dauerhafte Verbannung bestimmter Menschengruppen aus der Stadt anstrebt oder die Ausschließung mit differenzierten Einschließungs- oder Internierungsmodellen zu kombinieren versucht.

Wie hängen nun Revanchismus und Neoliberalismus zusammen? Die These wäre, daß es sich um zwei unterschiedliche Projekte oder Dispositive handelt, die jeweils ihren "eigenen Ort" der Entstehung haben, jedoch in den neunziger Jahren eine Symbiose eingehen und nun den sozialen Raum entscheidend mitstrukturieren.

In der Bundesrepublik versuchten (und versuchen) die politischen Eliten die Krise des fordistischen Wohlfahrtsstaates durch einen diskriminierenden Migrationsdiskurs und Anti-Asyl-Kampagnen ideologisch zu bearbeiten. Damit wurde bereits im letzten Jahrzehnt ein wichtiger ‚Baustein‘ für das Erstarken revanchistischer Strömungen gelegt. Während sich neoliberale Tendenzen in Ländern wie den USA oder Großbritannien seit den siebziger Jahren bemerkbar gemacht hatten, gab es im Fall

von der Bundesrepublik bestimmte Umstände, die für eine zeitliche Verzögerung sorgten. So fiel in Deutschland die relativ späte, vollständige Durchsetzung des Fordismus mit der säkularen Krise dieses Entwicklungsmodells zusammen. Das gesellschaftspolitische Klima und viele Alltagspraktiken der achtziger Jahre waren - material und ideologisch – weiterhin von fordistischen Konzepten und Konsensstrukturen mitgeprägt. Erst in den letzten Jahren deutet sich ein Durchbruch des Neoliberalismus an, der das Soziale antagonistisch zum wohlfahrtsstaatlichen Modell artikuliert. Während etwa noch in den achtziger Jahren das Hilfesystem für Wohnungslose expandierte (Sambale/Veith 1998), versuchen die Kommunen gegenwärtig die Nichtseßhaftigkeit vor allem als ein Problem der öffentlichen Ordnung zu verhandeln. Das heißt, das neoliberale Projekt kann auf bereits bestehende revanchistische Strukturen und Ideologeme zurückgreifen, weitet nun aber das Feld der Diskriminierung- und Ausgrenzungs erheblich aus. Mit dem Umbau der urbanen Zentren zu Konsumtionslandschaften, den Distanzbestrebungen der Mittelschichten zu den subalternen Klassen und einem zunehmenden Revanchismus, der auch von der Mehrheit der kleinbürgerlichen Quartiersbevölkerung mitgetragen wird, schält sich ein Typus von ständischer Bürgerstadt heraus, in der die Hierarchie unterschiedlicher Rechts- und Subjektpositionen nicht mehr als vorübergehendes und damit prinzipiell aufhebbares Ungleichgewicht, sondern als ‚natürliche‘ und legitime Voraussetzung der gesellschaftlichen Ordnung gilt.

#### Literatur:

- Bartelheimer, Peter (1997): Risiken für die soziale Stadt. Erster Frankfurter Sozialbericht, Frankfurt a. M.
- Bartelheimer, Peter. (1998): Durchmischen oder stabilisieren? Plädoyer für eine Wohnungspolitik diesseits der “sozialen Durchmischung”, Unveröffentlichtes Manuskript
- Behrendes, Udo (1998): Kooperation zwischen Polizei und Sozialarbeit in Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften?, In: Wohnungslos, Heft 2, S. 41–47
- Bergmann, Joachim (1998): Die negative Utopie des Neoliberalismus. In: Leviathan, Heft 3, S. 319-340.
- Bourdieu, P. 1991: Physischer, sozialer und angeeigneter Raum, in: Martin Wentz (Hg.): Stadt-Räume, Frankfurt a. M./ New York, S.25-34
- Bomheuer, Andreas (1997): “Man hält auf Fassade”. Freizeit, Kunst und Kultur am Beispiel Musicals. In: AKP Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik, Heft 5, S. 40-41
- Boyer, Christine (1995): The Great Frame-Up: Fantastic Appearances in Contemporary Spatial Politics. In: Helen Liggett/David C. Perry (Hg.): Spatial Practices, London/New Delhi, S. 81-109
- Brenner, Neil (1997): Die Restrukturierung staatlichen Raums. Stadt- und Regionalplanung in der BRD 1960-1990. In: Prokla 109, S. 545-565
- Cremer-Schäfer, Helga (1993): Was sichert Sicherheitspolitik? In: Eva Kampfmeyer/Jürgen Neumeyer (Hg.): Innere Unsicherheit, München, S. 13-40
- Hatzfeld, Ulrich (1997): Die Produktion von Erlebnis, Vergnügen und Träumen. Freizeitgroßanlagen als wachsendes Planungsproblem. In: Archiv für Kommunalwissenschaften, II. Halbjahresband 1997, S. 282-307
- Hirsch, Joachim (1993): Internationale Regulation, Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus. In: Das Argument 198, S. 195-222
- Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas (1998): Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag
- Lanz, Stephan/Ronneberger, Klaus (1998a): ‚Neue Urbanität‘ und Gentrifizierung, Unveröffentlichtes Manuskript
- Lanz, Stephan/Ronneberger, Klaus (1998b): Auf dem weg zur neofeudalen Stadt? Vortrag für den 29. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Soziologie, 16.9.1998
- Keim, Karl-Dieter (1997): Vom Zerfall des Urbanen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander?, Frankfurt a. M., S.245-286
- Kirchberg, Volker (1998): Stadtkultur in der Urban Political Economy .In: Volker Kirchberg/Albrecht Göschel (Hg.): Kultur in der Stadt. Soziologische Analysen zur Kultur, Opladen, S. 41-54
- Kunz, Thomas (1995): Der aktuelle Diskurs über “Innere Sicherheit” in der BRD. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen, Diplomarbeit, Frankfurt a. M.
- Link, Jürgen (1996): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird., Opladen
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Hamburg

Makropoulos, Michael (1997): *Modernität und Kontingenz*, München

Revelli, Marco (1997): Vom "Fordismus" zum "Toyotismus". In: *Sozialismus 4 (Supplement)*

Rodenstein, Marianne (1987): *Durchstaatlichung der Städte?* In: Walter Prigge (Hg.): *Die Materialität des Städtischen*, Basel, S. 176-123

Ronneberger, Klaus (1998): *Urban Sprawl und Ghetto*. In: Walter Prigge (Hg.): *Peripherie ist überall*, Frankfurt/New York, S. 84-90

Sambale, Jens/Veith, Dominik (1997): *Marginalisierung als urbaner Prozeß*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 2, S. 103-107

Sambale, Jens/Veith, Dominik (1998): *Der Raum als Beute*. In: *Berliner Blätter*, im Erscheinen.

Scheerer, Sebastian (1997): *Zwei Thesen zur Zukunft des Gefängnisses – und acht über die Zukunft der sozialen Kontrolle*. In: *Widersprüche 63*, S. 9-24

Scholz, Carola (1997): *Überall ist Mega Mall. Stadtentwicklung, Strukturwandel und der Wettlauf der Erlebniswelten*. In: *AKP Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik*, Heft 5, S. 32-35

Shearing, Clifford (1997): *Gewalt und die neue Kunst des Regierens und Herrschens. Privatisierung und ihre Implikationen*, in: Trutz von Trotha (Hg.): *Soziologie der Gewalt*, Opladen/ Wiesbaden, S.263-278

Sewing, Werner (1997): *Planwerk Innenstadt Berlin. Ein Frontbericht aus der Europäischen Stadt*. In: *Centrum Jahrbuch Architektur und Stadt 1997-1998*, S. 37-43

Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City*, London/New York

Stimmann, Hans (1996): *Planwerk Berliner Innenstadt. Identität, Permanenz und Modernisierung*. In: *Stadtforum 23*, S.14-17

Strieder, Peter (1997): *Bühne der Stadt. Zum Wesen des öffentlichen Raumes*. In: *Stadtforum*, Nr. 26, S.4-7

Voß, Michael (1997): *Private Sicherheitsdienste im öffentlichen Bereich*. In: *Widersprüche 63*, S. 37-49

Seit einigen Jahren hat sich in Nordrhein-Westfalen die Kulturwirtschaft mit 250.000 Beschäftigten zu einer Wachstumsbranche entwickelt.(FAZ, 7.9.1998). Auf die gesamte Bundesrepublik bezogen, arbeiten in der Freizeit- und Unterhaltungsindustrie inzwischen ca. fünf Millionen Menschen (Hatzfeld 1997, S. 289)